



JACEK KUCHARCZYK, AGNIESZKA ŁADA-KONEFAŁ

MIT EINER STIMME DEUTSCHE UND POLEN ÜBER DEN RUSSISCHEN ANGRIFF AUF DIE UKRAINE

DEUTSCH-POLNISCHES BAROMETER 2022
SONDERAUSGABE

JACEK KUCHARCZYK, AGNIESZKA ŁADA-KONEFAŁ

MIT EINER STIMME
DEUTSCHE UND POLEN
ÜBER DEN RUSSISCHEN
ANGRIFF AUF
DIE UKRAINE

DEUTSCH-POLNISCHES
BAROMETER 2022
SONDERAUSGABE

Das „Deutsch-Polnische Barometer“ ist ein gemeinsames Projekt des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, des Deutschen Polen-Instituts, der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen und der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit.



Die Daten, die in dieser Publikation zitiert werden, stammen aus früheren Forschungseditionen, realisiert in der Zusammenarbeit der folgenden Partner:

2020 & 2022: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Deutsches Polen-Institut/Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen/Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit;

2019: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen/Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit;

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen/Körber-Stiftung;

2013 & 2016: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen/Bertelsmann-Stiftung;

2000-2012, 2015, 2017: Institut für Öffentliche Angelegenheiten /Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

Übersetzung aus dem Polnischen: Ulrich Räther

ISBN: 978-83-7689-407-2

© Copyrights: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau / Deutsches Polen-Institut, Darmstadt 2022

Fundacja Instytut Spraw Publicznych
ul. Szpitalna 5/22, 00-031 Warszawa
tel. (48) 22 556 42 60; isp@isp.org.pl; www.isp.org.pl

Deutsches Polen-Institut
Residenzschloss / Marktplatz 15
64283 Darmstadt
tel. (49) 6151-4202-0, info@dpi-da.de

Inhaltsverzeichnis

Zentrale Ergebnisse	4
Vorwort	6
Erhöhtes Bedrohungsgefühl durch Russland	8
Gestiegene Zustimmung für eine Stärkung der Bundeswehr	16
Deutsche und Polen gegen die Abhängigkeit von russischen Rohstoffen	20
Positive Einschätzungen der Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine	23
Bewertung der Politik gegenüber Russland	31
Zu den Autoren	36

Zentrale Ergebnisse

- ▶ Deutsche und Polen nehmen die militärische, politische und wirtschaftliche Bedrohung durch Russland nun auf ähnliche Weise wahr, nachdem das Bedrohungsgefühl auf deutscher Seite seit dem russischen Überfall auf die Ukraine deutlich angestiegen ist.
- ▶ Die Anteile an der Bevölkerung, der sich nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine militärisch bedroht fühlen, haben sich in Deutschland (74%) und Polen (79%) angenähert.
- ▶ Im Vergleich zum Februar 2022 ist das Bedrohungsgefühl in Deutschland heftiger angestiegen als in Polen, wo es schon vor der russischen Invasion auf hohem Niveau lag (69%).
- ▶ Die Polen empfinden die militärische und politische Bedrohung stärker als die wirtschaftliche, in Deutschland ist das Bedrohungsgefühl für alle drei Bereiche ähnlich hoch.
- ▶ Das Gefühl der Bedrohung durch Russland ist bei den Polen unabhängig von den politischen Präferenzen vorhanden. Die überwiegende Mehrheit der Anhänger aller wichtigen politischen Parteien glaubt, dass Russland eine Bedrohung für Polen darstellt.
- ▶ Auch in Deutschland dominiert das Bedrohungsgefühl die Wählerschaft des gesamten Parteienspektrums, allerdings mit signifikanten Abstufungen an den Rändern. Sowohl unter den Anhängern der Linken als auch der AfD gibt es relativ große Gruppen, bei denen das Niveau der Bedrohungswahrnehmung durch Russland relativ niedriger ist.
- ▶ Eine Mehrheit der Polen (58%) und der Deutschen (55%) stimmt zu, dass eine Erhöhung der deutschen Verteidigungsanstrengungen auch die Sicherheit Polens erhöhen wird. Der Prozentsatz der Befragten, die diese Meinung vertreten, ist im Vergleich zu den Umfrageergebnissen von 2018 und 2021 angestiegen.
- ▶ Fast zwei Drittel der Deutschen (67%) und 87 Prozent der Polen sind der Ansicht, dass Russland ein Land ist, auf das man sich nicht verlassen kann und von dem man sich in Energiefragen unabhängig machen sollte. Durch den Einmarsch in die Ukraine ist in beiden Ländern das Misstrauen gegenüber Russland als Energielieferant sprunghaft gewachsen, was der Vergleich mit den Ergebnissen vom Februar 2022 eindrucksvoll belegt.

- ▶ Deutsche und Polen unterstützen nachdrücklich die Maßnahmen der Regierungen als Reaktion auf die russische Aggression. Die größte Zustimmung genießen in beiden Ländern die Verhängung von Wirtschaftssanktionen und die Aufnahme von Flüchtlingen. Die Deutschen äußern häufiger als die Polen Zweifel an der Lieferung von militärischer Ausrüstung an die ukrainische Armee und sind häufiger skeptisch, ob die Gaspipeline Nord Stream 2 tatsächlich nicht in Betrieb genommen werden soll.
- ▶ In Polen ist die Zustimmung zu Waffenlieferungen an die Ukraine seit Februar am deutlichsten gestiegen, in Deutschland die Zustimmung zur Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge.
- ▶ In Deutschland ist nach dem russischen Einmarsch die Wertschätzung für die polnische Russlandpolitik gestiegen. Der Prozentsatz derer, die diese polnische Politik generell für „antirussisch“ halten, hat sich kaum verändert. Dass dies nur jeder zehnte deutsche Befragte so sieht, widerspricht der in Polen populären These, dass die Deutschen die Polen für „russophob“ halten.
- ▶ Der Meinungswandel der Deutschen nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine ist im Vergleich zu den vorherigen Einschätzungen in allen untersuchten Bereichen deutlich.
- ▶ In der Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine sind die Polen geeint, unabhängig von den politischen Präferenzen. Dies ist eine einzigartige Situation, ist doch die polnische Gesellschaft in fast allen politischen und gesellschaftlichen Fragen – auch bezüglich Deutschland und seine Politik - tief polarisiert, wie auch das Deutsch-Polnische Barometer seit Jahren immer wieder gezeigt hat.
- ▶ In Deutschland gibt es einen Konsens der großen Mitte des politischen Spektrums, dem sich Teile der Wähler von AfD und Linke verschließen. Die Wählerschaften dieser beiden Parteien sind in ihren Meinungen deutlich gespalten.
- ▶ Die deutschen und polnischen Reaktionen auf die russische Aggression sind durch eine nie dagewesene Übereinstimmung der öffentlichen Meinungen beider Länder gekennzeichnet, was vor allem einem Sinneswandel auf deutscher und nicht so sehr auf polnischer Seite geschuldet ist.

Vorwort

„Wir erleben eine Zeitenwende“ – mit diesen Worten beschrieb Bundeskanzler Olaf Scholz den Wandel, den die russische Invasion in der Ukraine in der Weltordnung markiert. Zugleich bezieht sich dieser Satz auf jene Kehrtwende, die die deutsche Sicherheitspolitik in den Beziehungen zu Russland aufgrund des russischen Angriffs auf die Ukraine vollzogen hat. Jahrelang waren es diese beiden Bereiche – die Beziehungen zu Russland und die Sicherheit –, die Anlass für Streitigkeiten und gegenseitige Vorwürfe in den Beziehungen zwischen Polen und Deutschland waren. Der grundlegende deutsche Politikwechsel bringt Warschau und Berlin näher zusammen.

Die deutsch-polnischen Meinungsverschiedenheiten in diesen Bereichen, die im Laufe der Jahre bestanden haben, haben uns immer wieder dazu veranlasst, im Deutsch-Polnischen Barometer Fragen über die Wahrnehmung der Politik des Nachbarn gegenüber Russland oder über die Wahrnehmung der Bedrohung durch Russland zu stellen. Das haben wir unter anderem nach dem russischen Angriff auf Georgien und Russlands Annexion der Krim untersucht. Normalerweise blieben trotz dieser dramatischen Ereignisse die Differenzen zwischen Deutschen und Polen bestehen.

Als wir, wie jedes Jahr im Winter, die Umfrage für die diesjährige Ausgabe des Deutsch-Polnischen Barometers vorbereiteten, beschlossen wir, uns auf Fragen zu Russland und Maßnahmen in der Russlandpolitik zu konzentrieren, die Deutsche und Polen von ihren Regierungen in den Beziehungen erwarten. Die Situation war schon damals angespannt, aber wir alle hofften noch, dass es keinen Krieg geben würde und unsere Fragen einen gewissermaßen hypothetischen Charakter behalten würden. Die Ergebnisse, die wir erlangten, geben uns Aufschluss über die Wahrnehmung Russlands und der deutschen und polnischen Politik gegenüber diesem Land kurz vor dem Angriff. Daher haben wir uns entschlossen, ausgewählte Fragen nach den ersten Kriegstagen erneut zu stellen und sie mit den Ergebnissen vom „Vorabend“ des Krieges und auch mit Zahlen früherer Barometer-Umfragen zu vergleichen. Dank dessen können wir die Veränderungen beobachten, die die Entscheidung des Kremls, in das Nachbarland einzumarschieren, in der deutschen und polnischen öffentlichen Meinung verursacht hat.

Diese Studie wurde im Rahmen der Reihe Deutsch-Polnisches Barometer gemeinsam vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten und dem Deutschen

Polen-Institut mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau und der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit durchgeführt. Die Befragung wurde mit der CAWI-Methode (unter Verwendung eines Online-Panels) an einer repräsentativen Gruppe von eintausend erwachsenen Einwohnern beider Staaten im Alter von 18 bis 75 Jahren von Kantar Public vom 14. Februar bis 22. Februar 2022, d.h. unmittelbar vor dem russischen Angriff auf die Ukraine, und vom 4. bis 8. März 2022, also kurz nach Beginn der russischen Invasion, durchgeführt.

Die Autorin und der Autor dieser Studie möchten allen danken, die an der Vorbereitung und Durchführung dieser aktualitätsbedingten Sonderausgabe des Deutsch-Polnischen Barometers beteiligt waren. Unser besonderer Dank gilt David Gregosz, Hanna Dmochowska und Falk Altenberg von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau, Cornelius Ochmann und Małgorzata Gminter von der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, Małgorzata Kopka-Piątek und Rafał Załęski vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten Warschau, Peter Oliver Loew vom Deutschen Polen-Institut, Dariusz Przybysz vom Institut für Philosophie und Soziologie der Akademie für Wissenschaften sowie Joanna Skrzyńska von Kantar Public. Ihr Engagement und ihre Kooperationsbereitschaft haben diese außergewöhnliche Studie unter schwierigen – man könnte auch sagen historischen – Umständen ermöglicht.

Erhöhtes Bedrohungsgefühl durch Russland

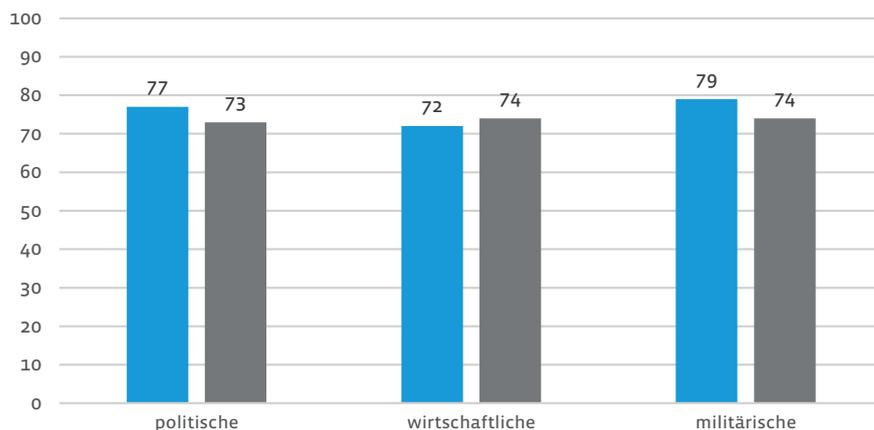
Die deutsche und die polnische Politik gegenüber Russland unterscheiden sich seit Jahren deutlich, ebenso wie die Wahrnehmung dieses Landes. Die Ursachen dafür liegen in unterschiedlichen historischen Erfahrungen und wirtschaftlichen Interessen. Und auch die Wahrnehmung Russlands als Bedrohung

Aktuell sehen sowohl Deutsche als auch Polen Russland eindeutig als Bedrohung an, und zwar in allen untersuchten Bereichen – politisch, wirtschaftlich, militärisch

ist in Deutschland und Polen verschieden, wie man aus den öffentlichen Debatten in beiden Ländern ableiten kann.

Derzeit aber sehen sowohl Deutsche als auch Polen Russland eindeutig als Bedrohung an, und zwar in allen untersuchten Bereichen – politisch, wirtschaftlich, militärisch. So gibt es die deutliche Mehrheit der Befragten in beiden Ländern an; die Unterschiede in den Einschätzungen sind derzeit eher gering. Es gibt Unterschiede in der Priorisierung der Bedrohungsarten, die sich aus unterschiedlichen Erfahrungen mit Russland in der Vergangenheit ergeben. Von den Menschen in Polen am häufigsten genannt wird die militärische Bedrohung (79%), gefolgt von der politischen (77%) und erst an letzter Stelle der wirtschaftlichen (72%) Bedrohung. Dagegen verweisen die befragten Deutschen etwa gleich häufig auf eine wirtschaftliche und militärische (74%) sowie auf eine politische (73%) Bedrohung.

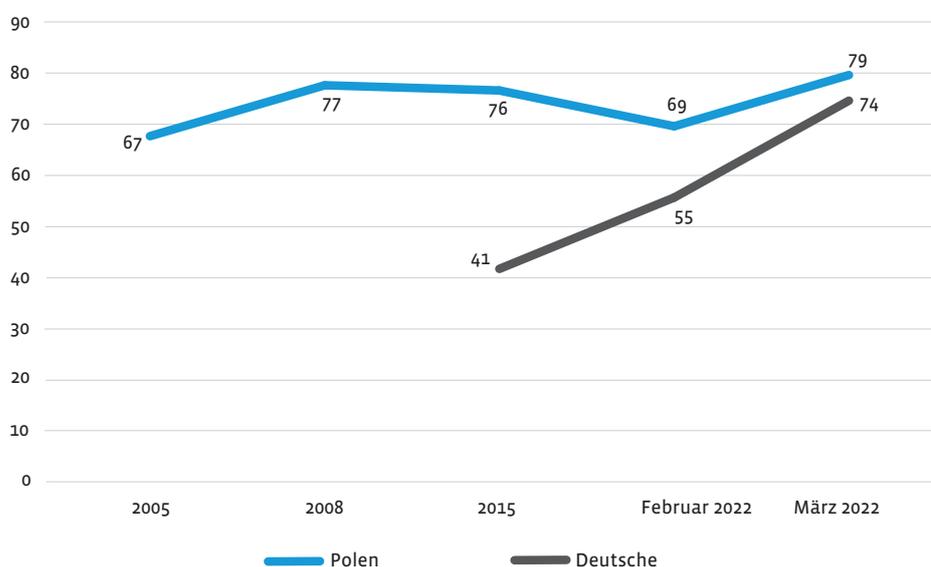
Abbildung 1: Haben Sie Angst, dass Russland in der Zukunft für Ihr Land eine Bedrohung darstellen könnte? Positive Antworten der Deutschen und der Polen im März 2022 (in %).



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2022.

Infolge der russischen Aggression gegen die Ukraine hat das Bedrohungsgefühl, im Vergleich zu den wenigen Tagen vor dem Angriff geäußerten Meinungen, auf deutscher Seite eindeutig zugenommen (der Zuwachs liegt je nach Bereich zwischen 19 und 25 Prozentpunkten). Auf polnischer Seite sind die Veränderungen ebenfalls sichtbar, aber in geringerem Maße (die Zuwächse liegen zwischen sechs und zehn Prozentpunkten). Dies liegt daran, dass die polnischen Einschätzungen schon immer hoch waren und gleichzeitig die deutschen deutlich übertrafen (im Februar 2022 um 14 bis 17 Prozentpunkte).

Abbildung 2: Haben Sie Angst, dass Russland in der Zukunft für Ihr Land eine militärische Bedrohung darstellen könnte? Positive Antworten der Deutschen und der Polen in den Jahren 2005, 2008, 2015 und im Februar und März 2022 (in %).



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2022.

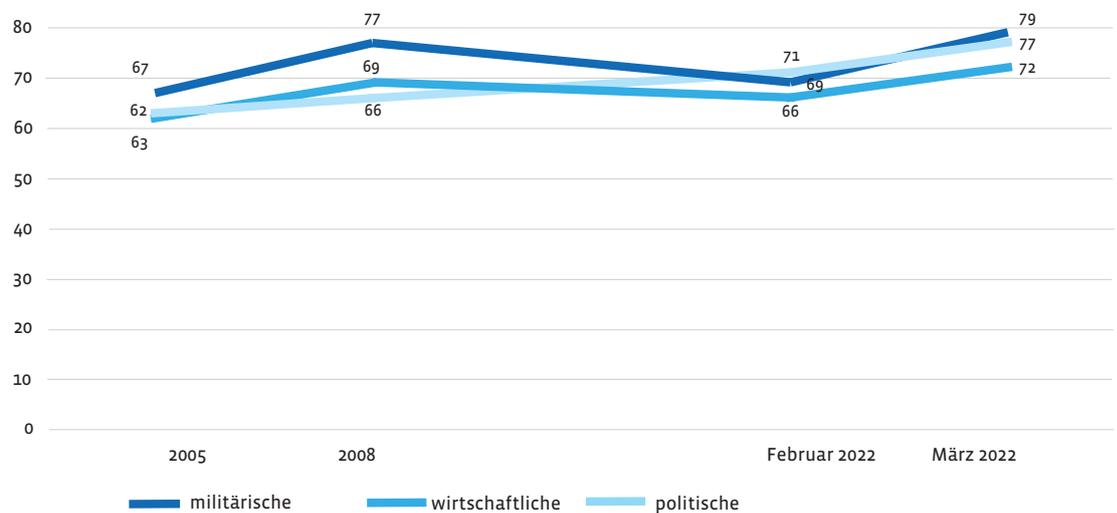
Die Wahrnehmung des Bedrohungsgefühls durch Russland hängt bei den polnischen Befragten kaum von der Parteipräferenz ab. Wähler der Konföderation und der Linken geben etwas häufiger als die anderer Parteien an, dass es keine militärische Bedrohung gäbe (32% bzw. 27%). Auch das Alter ist bei dieser Frage unter den polnischen Befragten kein signifikantes Unterscheidungsmerkmal.

Auf deutscher Seite stechen in der Einschätzung der wirtschaftlichen Bedrohung lediglich die über 60jährigen Befragten hervor, die häufiger als andere der Meinung sind, dass Russland auf diesem Gebiet keine Gefahr darstellt (34%). Die Wähler der Alternative für Deutschland erkennen seltener eine militärische Bedrohung durch Russland (64% sind der Meinung, es gäbe eine Bedrohung) als die Anhänger der Parteien der Regierungskoalition (SPD, Grüne und FDP) sowie der CDU/CSU. Anhänger der Partei Die Linke wiederum geben häufiger als jene von CDU/CSU, SPD und FDP an, eine solche Gefahr nicht erkennen zu können (32%). Eine politische Bedrohung negieren besonders häufig Anhänger der AfD (38%). Bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Bedrohung ist die Parteipräferenz der Befragten kein relevantes Unterscheidungsmerkmal.

Veränderungen über die letzten Jahre in Polen

Vergleicht man die Daten aus dem Jahr 2022 mit den Ergebnissen der Vorjahre, so zeigt sich in Polen eine Veränderung der Wahrnehmung der Bedrohung durch Russland entsprechend der jeweiligen internationalen Situation und dem Verhalten Russlands selbst.

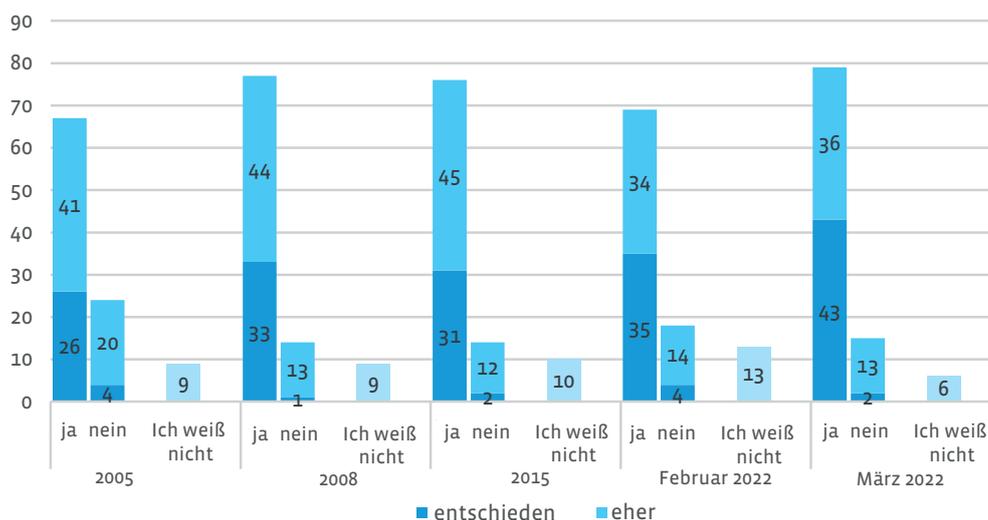
Abbildung 3: Haben Sie Angst, dass Russland in der Zukunft für Polen eine Bedrohung darstellen könnte? Antworten der Polen in 2005, 2008 und im März 2022 (in %).



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2005, 2008 und 2022.

Besonders charakteristisch sind die Angaben zur Wahrnehmung der militärischen Bedrohung. Dieses Bedrohungsgefühl war unmittelbar nach Russlands Georgienfeldzug 2008 (77%) und im Jahr nach der Annexion der Krim 2015 (76%) besonders stark. Kurz vor dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 sahen 69 Prozent der befragten Polen eine militärische Bedrohung seitens Russlands. Obwohl Wladimir Putin seine Truppen bereits entlang der ukrainischen Grenze zusammengezogen hatte, gab es bei vielen bis zum Ende Hoffnung, dass ein Einmarsch nicht stattfinden würde. Als dieser dann doch kam, empfanden 79 Prozent der Befragten eine Bedrohung, 43 Prozent davon „entschieden“. In den Vorjahren war ein Trend zu eher abgeschwächten Aussagen zu erkennen.

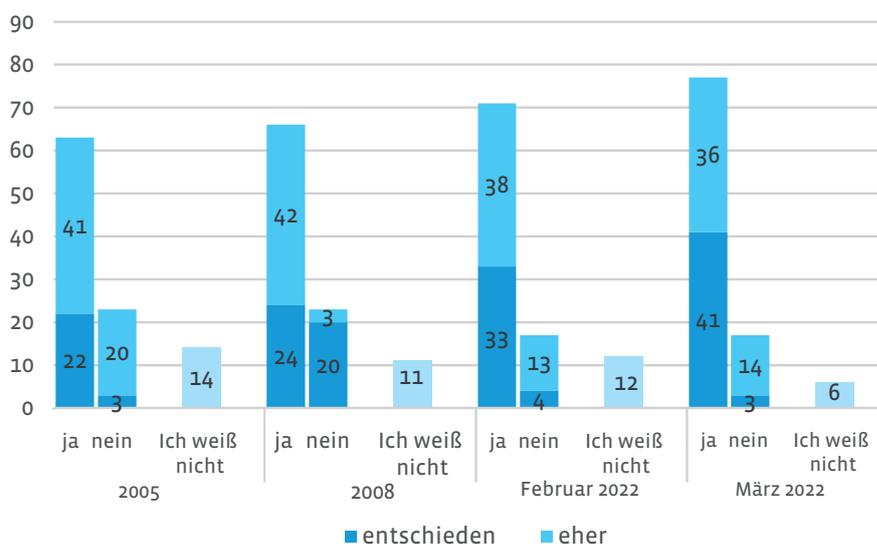
Abbildung 4: Haben Sie Angst, dass Russland in der Zukunft für Polen eine militärische Bedrohung darstellen könnte? Antworten der Polen in 2005, 2008, 2015 und im Februar und März 2022 (in %).



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2005, 2008, 2015 und 2022.

Ähnliche Tendenzen sind in der Einschätzung der politischen Bedrohung zu erkennen. Auch hier hat sich die Gruppe derer vergrößert, die diese Frage mit „entschieden ja“ beantworten. Hier erfolgte bereits vor der russischen Invasion ein signifikanter Anstieg. Dies resultiert wahrscheinlich aus dem wachsenden Bewusstsein der Polen, wie intensiv Russland in Europa Propaganda und Lobbying betreibt.

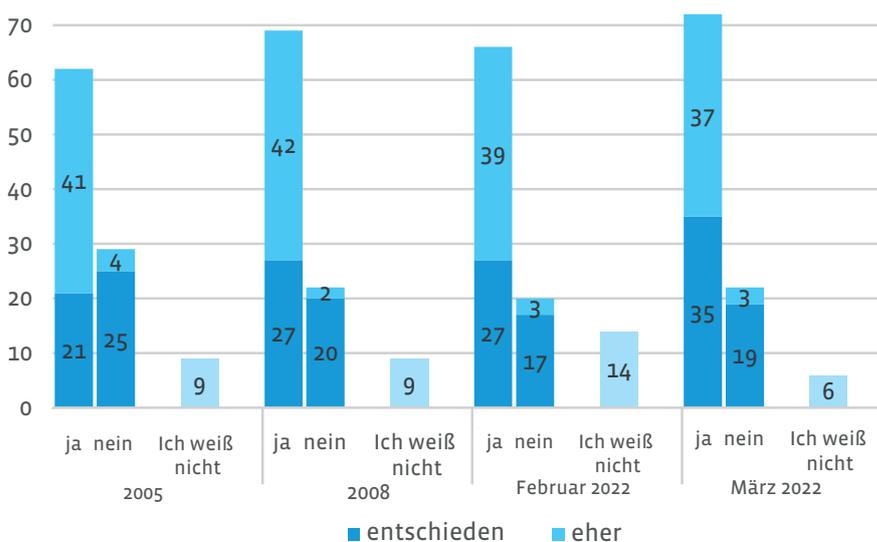
Abbildung 5: Haben Sie Angst, dass Russland in der Zukunft für Polen eine politische Bedrohung darstellen könnte? Antworten der Polen in 2005, 2008 und im Februar und März 2022 (in %).



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2005, 2008 und 2022.

Das Gefühl der wirtschaftlichen Bedrohung ist zwischen 2008 und dem russischen Angriff auf die Ukraine in etwa stabil geblieben. Auch die prozentuale Verteilung auf die Antworten „eher ja“ und „entschieden ja“ hat sich in diesem Zeitraum kaum verändert. Und auch hier ist der Wert von „entschieden ja“ nach dem Einmarsch deutlich gestiegen.

Abbildung 6: Haben Sie Angst, dass Russland in der Zukunft für Polen eine wirtschaftliche Bedrohung darstellen könnte? Antworten der Polen in 2005, 2008, und im Februar und März 2022 (in %).



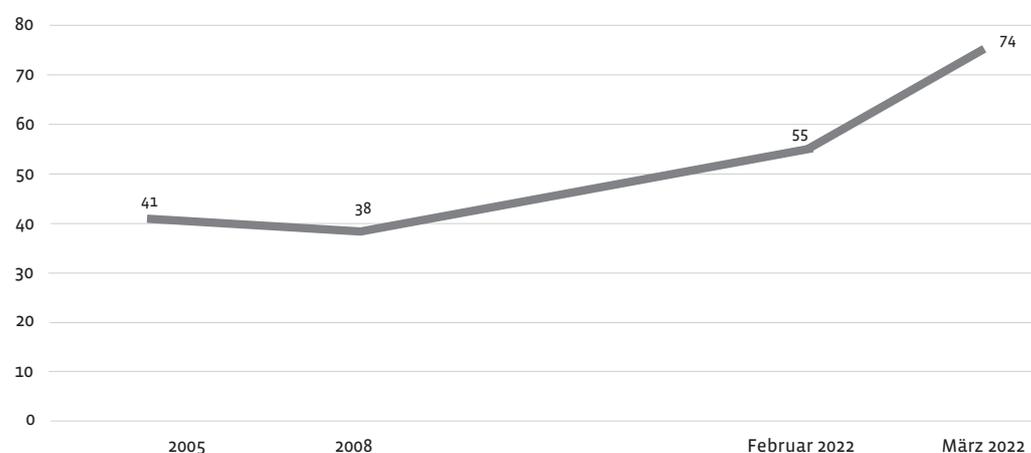
Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2005, 2008 und 2022.

Bezeichnenderweise antworteten die Polen in allen drei Fällen über die Jahre selten mit „entschieden nein“. Die russische Aggression führte auch dazu, dass der Anteil der Befragten, die keine Meinung zu diesem Thema hatten, merklich zurückging.

Veränderungen über die letzten Jahre in Deutschland

In Deutschland stellte sich die Frage einer wahrgenommenen Bedrohung in den vergangenen Jahren nur in militärischer Hinsicht. Hier konnte man im Lauf der Jahre deutliche Meinungsänderungen verzeichnen. Während sich am Bedrohungsgefühl zwischen 2015 und 2016 nichts änderte – was sicherlich auf den kurzen Zeitraum zwischen diesen beiden Umfragen zurückzuführen ist, stieg das Bedrohungsgefühl unter den Befragten zwischen 2016 und 2022 um 17 Prozentpunkte an, von 38 Prozent im Jahr 2016 auf 55 Prozent im Februar 2022. In dieser Zeit nahm der Anteil der „entschieden ja“-Antworten um 12 Prozentpunkte zu, nach dem Überfall auf die Ukraine noch einmal um 13 Prozentpunkte. Gleichzeitig sank der Anteil der deutschen Befragten, die eine solche Bedrohung nicht sahen.

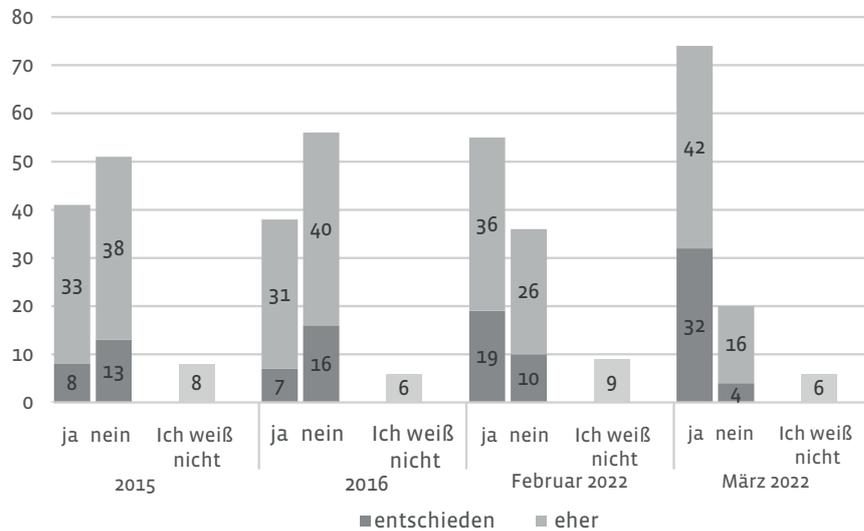
Abbildung 7: Haben Sie Angst, dass Russland in der Zukunft für Deutschland eine militärische Bedrohung darstellen könnte? Positive Antworten der Deutschen in 2015, 2016 und im Februar und März 2022 (in %).



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2015, 2016 und 2022.

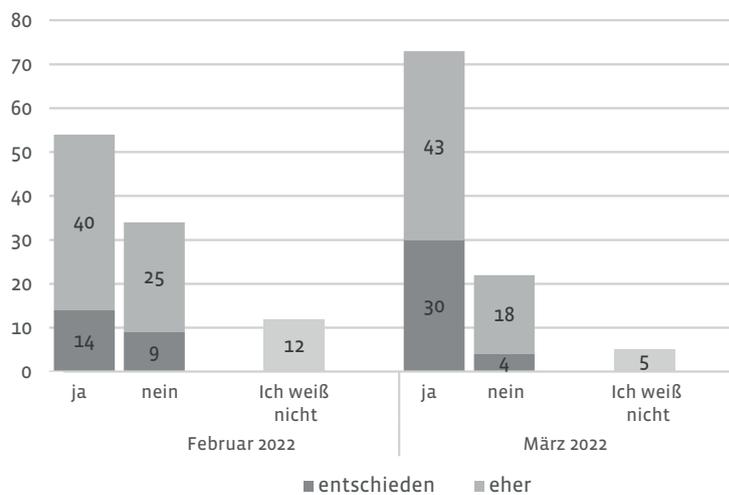
Infolge der russischen Aggression gegen die Ukraine nahm in jedem der drei abgefragten Bereiche das Bedrohungsgefühl unter den Deutschen zu, wobei ein besonders deutlicher Anstieg der „entschieden ja“-Antworten zu beobachten ist.

Abbildung 8: Haben Sie Angst, dass Russland in der Zukunft für Deutschland eine militärische Bedrohung darstellen könnte? Antworten der Deutschen in 2015, 2016 und im Februar und März 2022 (in %).



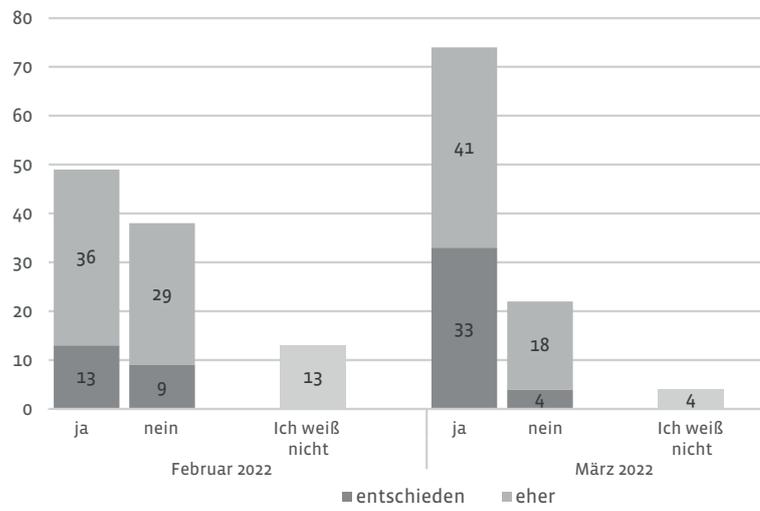
Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2015, 2016 und 2022.

Abbildung 9: Haben Sie Angst, dass Russland in der Zukunft für Deutschland eine politische Bedrohung darstellen könnte? Antworten der Deutschen im Februar und März 2022 (in %).



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2022..

Abbildung 10: Haben Sie Angst, dass Russland in der Zukunft für Deutschland eine wirtschaftliche Bedrohung darstellen könnte? Antworten der Deutschen im Februar und März 2022 (in %).



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2022.

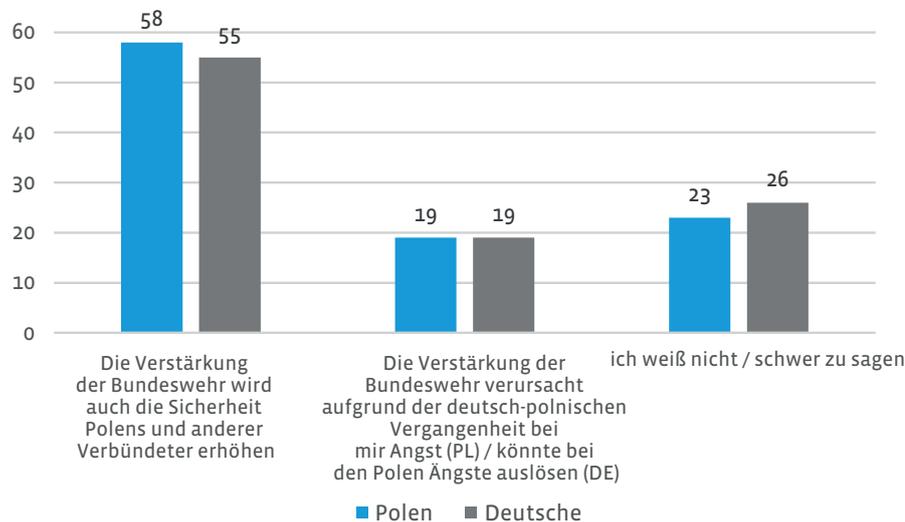
Gestiegene Zustimmung für eine Stärkung der Bundeswehr

Seit Jahren erfüllt Deutschland die Zielvereinbarung des Nordatlantischen Bündnisses nicht, nach welcher sich die Mitgliedstaaten verpflichtet haben, zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für die Verteidigung bereitzustellen. Mehrere aufeinanderfolgende Bundesregierungen fanden sich trotz des Drängens der Verbündeten nicht bereit, daran Wesentliches zu ändern. Dies war bedingt durch eine nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik entstandene politische Kultur, die auf der Annahme beruhte, dass sich das Land darauf konzentrieren sollte, Konflikte auf dem diplomatischen Weg zu lösen und sich nicht militärisch zu engagieren. Experten und Politiker verwiesen darauf, dass Länder, die von der Tragödie des Zweiten Weltkriegs stark betroffen gewesen waren, es als Gefahr wahrnehmen könnten, wenn die Bundeswehr zu stark würde. Um herauszufinden, ob diese Hypothese stimmig ist, haben wir die Teilnehmer der Umfragen von 2018 und 2021 daraufhin befragt. Schon damals haben wir festgestellt, dass in beiden Gesellschaften die Zustimmung zu einer Stärkung der Bundeswehr dominierte. Durch Russlands Angriff auf die Ukraine hat sich diese Haltung nun weiter verstärkt. Wir stellten diese Frage wenige Tage nach der Ankündigung der Bundesregierung, die Militärausgaben zeitnah auf das von der Nato geforderte Niveau zu erhöhen und zusätzlich ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Verbesserung der Ausrüstung der Bundeswehr zu schaffen.

Die Mehrheit der Deutschen (55%) und der Polen (58%) sind sich einig, dass eine Anhebung der deutschen Verteidigungsausgaben auch die Sicherheit Polens stärken wird

Deutsche und Polen sind sich einig, dass die Stärkung der Bundeswehr auch die Sicherheit Polens und anderer Verbündeter erhöhen wird. Diese Ansicht teilen 55 Prozent der Deutschen und 58 Prozent der Polen. In beiden Ländern sind gleichgroße Gruppen von jeweils 19 Prozent der Befragten gegenteiliger Ansicht, d.h. sie verweisen auf Befürchtungen, die dadurch ausgelöst werden könnten (Deutsche) bzw. ausgelöst werden (Polen). Gleichzeitig ist bemerkenswert, dass in dem historischen Moment, da der Krieg nach Europa zurückgekehrt ist und eine intensive Diskussion um die Stärkung der Armeen stattfindet, in beiden Ländern etwa jeder vierte Befragte keine Meinung zu dieser Frage hatte.

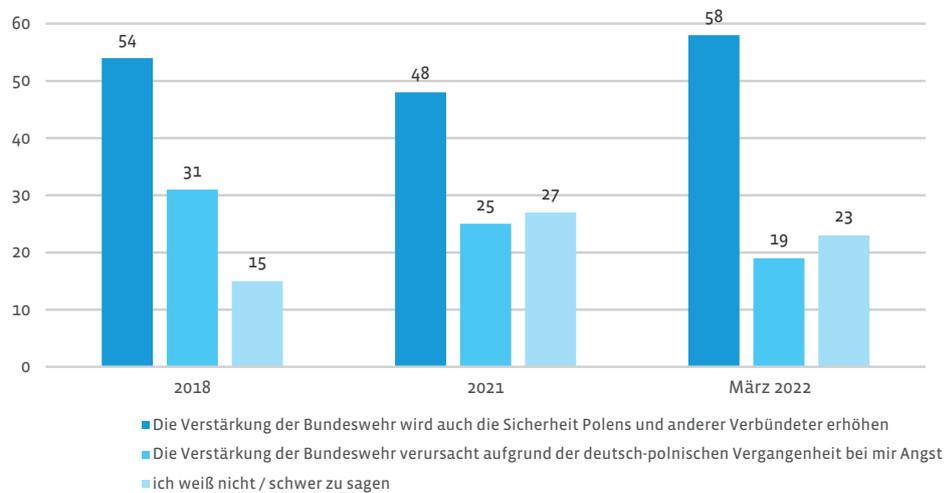
Abbildung 11: Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine kündigte die Bundesregierung an, die Militärausgaben auf das von der NATO geforderte Niveau zu erhöhen und zusätzliche 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung der Armee bereitzustellen. Welche Meinung liegt Ihnen näher: Antworten der Polen im März und Februar 2022 (in %).



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2022.

Wie oben bereits erwähnt, wird die deutsche Zurückhaltung bei den Verteidigungsausgaben von Politikern und Experten seit Jahren mit der Rücksicht auf die Befürchtungen u.a. der Polen erklärt. Doch die Mehrheit von ihnen äußerte in den letzten Jahren mehrfach die Meinung, dass eine stärkere deutsche Armee Polens Sicherheit erhöhen würde. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine hat zudem für eine deutliche Vergrößerung dieses Anteils (um 10 Prozentpunkte) gesorgt. Gleichzeitig verkleinerte sich der Anteil jener Polen, der eine verstärkte Bundeswehr fürchtet.

Abbildung 12: Würde eine Verstärkung der Bundeswehr die polnische Sicherheit erhöhen? Antworten der Polen in den Jahren 2018, 2021 und im März 2022 (in %).

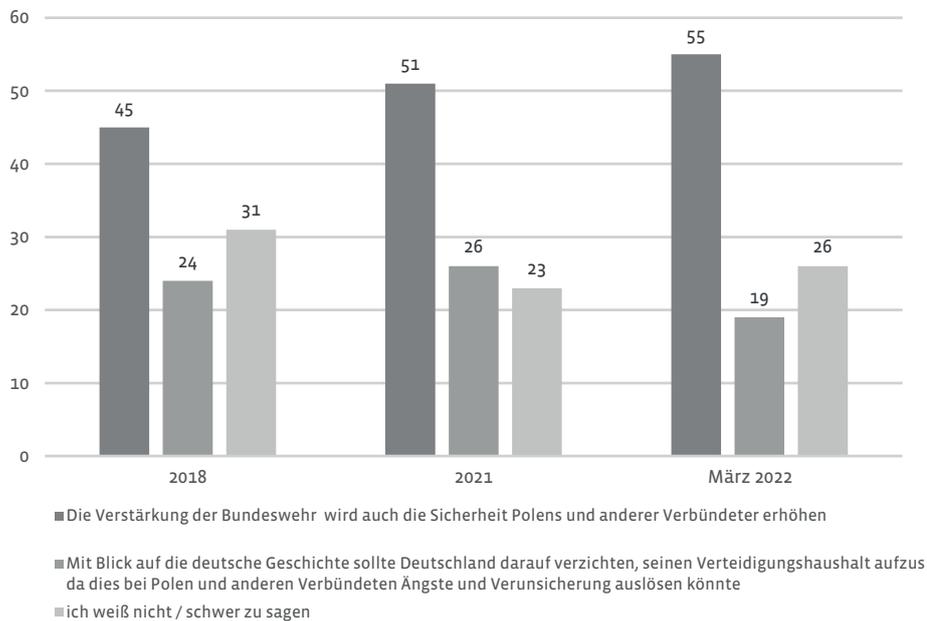


Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2018, 2021 und 2022.

Die Meinungen der Polen zu dieser Frage unterscheiden sich je nach politischer Präferenz. Wähler der Bürgerkoalition (82%), der Bewegung Polska 2050 (70%) sowie der Linken (64%) sind häufiger der Ansicht als der Recht und Gerechtigkeit (46%) und der Konföderation (42%), dass eine starke Bundeswehr Polens Sicherheit erhöhen würde. Die meisten Befürchtungen (36%) hegen die Anhänger der Konföderation, aber selbst in dieser Gruppe überwiegt der Anteil der Befürworter einer stärkeren Bundeswehr.

Eine ähnliche Meinungsentwicklung wie in Polen ist auch auf deutscher Seite zu verzeichnen, was darauf hindeutet, dass die Mehrheit der Deutschen die Kehrtwende der Bundesregierung in Sachen Militärausgaben unterstützt und sich der wachsenden Verantwortung Deutschlands im westlichen Bündnis bewusst ist.

Abbildung 13: Würde eine Verstärkung der Bundeswehr die polnische Sicherheit erhöhen? Antworten der Deutschen in den Jahren 2018, 2021 und im März 2022 (in %).



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2018, 2021 und 2022.

Bei den deutschen Befragten hängt der Glaube an eine Erhöhung der polnischen Sicherheit durch eine Stärkung der Bundeswehr nicht von der Parteipräferenz ab. Selbst Anhänger der Partei Die Linke, die traditionell gegen Rüstung und skeptisch gegenüber der NATO sind, geben häufiger eine positive Antwort (39%) als mit den potenziellen Befürchtungen der Nachbarn zu argumentieren (37%). Auch drei Viertel der Grünenwähler befürworteten die aktuellen Aufrüstungsbestrebungen, obwohl die Partei u.a. aus einer pazifistischen Bewegung hervorgegangen ist.

Die Unterschiede je nach Altersgruppe der Befragten sind interessant, weil sie anders ausfallen, als man erwarten würde. Potenzielle Befürchtungen in verbündeten Ländern werden von den jüngsten deutschen Befragten häufiger (32%) betont als von den älteren: in der Gruppe der 49-59-jährigen sind es zwölf Prozent, in der Kohorte der über 60-jährigen 13 Prozent. Dies lässt den Schluss zu, dass sich langjährige Beobachter der internationalen Politik der Notwendigkeit und Wichtigkeit der Unterstützung unter Verbündeten bewusster sind, besonders in der aktuellen Situation. Der jüngeren Generation in Deutschland wurde im Erziehungsprozess vermittelt, dass Deutschland aufgrund der historischen Erfahrungen in der Rüstungspolitik große Zurückhaltung üben sollte, woraus die heutigen Zweifel resultieren.

Deutsche und Polen gegen die Abhängigkeit von russischen Rohstoffen

Polen kritisiert seit vielen Jahren die große Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten aus Russland, insbesondere von Erdgas. Der Bau der Pipelines Nord Stream 1 und 2 unter Umgehung Polens und anderer mittel- und osteuropäischer Staaten löste in der Region die Besorgnis aus, anfälliger für Energieerpressung zu werden. Deutschland wiederum vertrat den Standpunkt, dass der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland ein Element des politischen Dialogs mit Russland darstelle, eine Art „Rückversicherung“ in den deutsch-russischen Beziehungen. Die polnische Kritik an der deutschen Abhängigkeit von russischem Gas verschärfte sich mit der Machtübernahme einer PiS-geführten Koalition im Jahr 2015 und in Zusammenhang mit deutlichen Fortschritten beim Bau von Nord Stream 2. Gleichzeitig nach 2015 erhöhten sich die polnischen Importe von russischer Kohle erheblich, bei weiter hohen Lieferungen von russischem Öl und Gas. Sowohl Deutschland als auch Polen sind also faktisch stark von Rohstoffimporten aus Russland abhängig. Und in beiden Fällen war diese Abhängigkeit Gegenstand öffentlicher und politischer Debatten.

Nach der russischen Aggression gegen die Ukraine glauben 87 Prozent der Polen und immerhin zwei Drittel der Deutschen (67%), dass man sich auf Russland nicht verlassen kann und man daher unabhängig werden sollte von

Nach der russischen Aggression gegen die Ukraine glauben 87 Prozent der Polen und immerhin zwei Drittel der Deutschen (67%), dass man sich auf Russland nicht verlassen kann und man daher unabhängig werden sollte von russischen Importen. Viermal mehr Deutsche als Polen sind immer noch der Meinung, dass eine solche Zusammenarbeit aufrechterhalten, ja sogar ausgebaut werden sollte. Und es gibt in Deutschland einen doppelt so hohen Anteil der Befragten (18%) wie in Polen, die nicht willens oder in der Lage sind, einen Standpunkt zu diesem Thema zu definieren. Insgesamt zeigt sich aber, dass heute, da in der Europäischen Union über ein totales Embargo russischer Energielieferungen diskutiert wird, die Gesellschaften Polens und Deutschlands dazu bereit sind, einen Stopp solcher Importe zu akzeptieren.

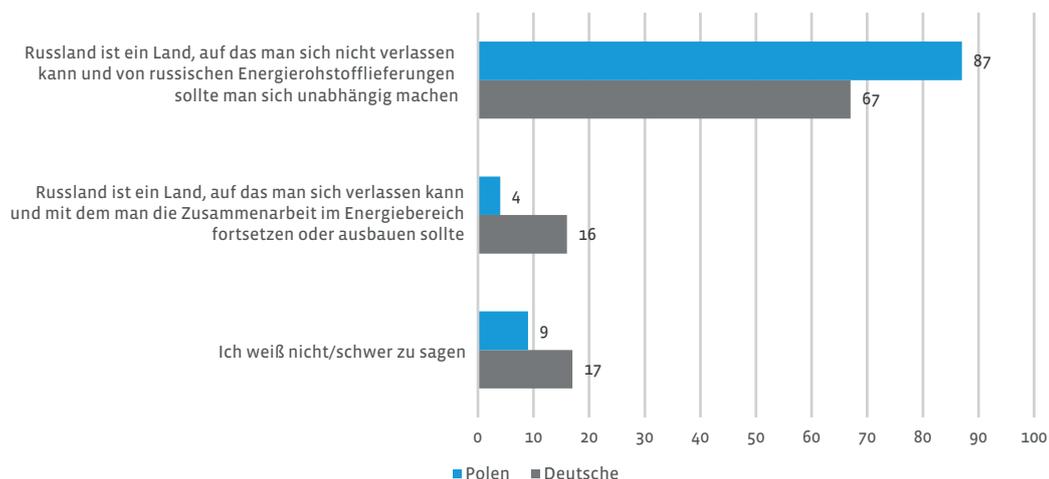
In beiden Ländern wird eine Politik der Unabhängigkeit von russischen Rohstoffen von den Anhängern aller maßgeblichen Parteien mehrheitlich unterstützt. In Polen liegt dieser Prozentsatz bei Anhängern der Parteien Recht und Gerechtigkeit, Bürgerkoalition, Bewegung Polska 2050 und der Linken bei über

90 Prozent. Sogar die Wähler der rechten Konföderation, deren Anführer für ihre zahlreichen positiven Aussagen über Russland und Wladimir Putin bekannt sind, sehen in ihrer überwiegenden Mehrheit (82%) die Notwendigkeit, unabhängig von russischen Rohstoffen zu werden. Nur jeder zehnte Befragte glaubt, dass die Zusammenarbeit mit Russland fortgesetzt werden sollte.

Das Fehlen signifikanter Meinungsunterschiede zwischen den Wählern des Regierungslagers und der Oppositionsparteien ist umso auffälliger, als dass Polen seit geraumer Zeit in den grundlegendsten Fragen des öffentlichen Lebens extrem polarisiert ist. Diese Polarisierung betraf in den letzten Jahren auch Fragen bezüglich Deutschland und seine Politik, wie sich auch in den Studien des „Deutsch-Polnischen Barometers“ immer wieder zeigt.

Auch in Deutschland herrscht bei den Wählern der wichtigsten Parteien ein großes Misstrauen gegenüber Russland als Energielieferant. Besonders ausgeprägt ist dies bei den Anhängern der SPD (82%) und der Grünen (89%), beide Parteien sind derzeit Teil der Berliner Regierungskoalition. Wirklich gespalten sind in dieser Frage nur die Wähler der Alternative für Deutschland, von denen 39 Prozent immer noch Vertrauen in Russland setzten, aber selbst in dieser Partei bildet der Anteil derer, die das nicht mehr tun, mit 43 Prozent die größte Gruppe.

Abbildung 14. Deutschland und Polen importieren einen beträchtlichen Teil ihrer Energieressourcen (Gas, Kohle, Öl) aus Russland. Wie ist Ihre Meinung dazu?
Antworten der Polen und der Deutschen im März 2022 (in %).

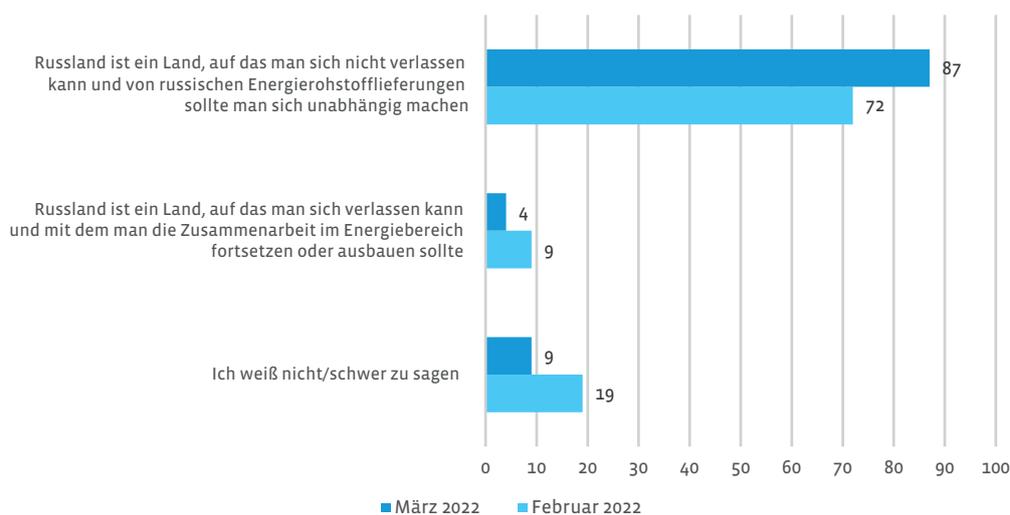


Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2022.

Dieses Meinungsbild ist stark beeinflusst vom russischen Einmarsch in die Ukraine, obwohl auch in der Zeit kurz vor dieser Aggression schon Misstrauen gegenüber Russland herrschte. In Polen stiegen die ablehnenden Meinungen zu Energieimporten aus Russland zwischen Februar und März 2022 von 72 auf 87 Prozent. Entsprechend deutlich sanken die Anteile der unentschlossenen bzw. positiv eingestellten Befragten.

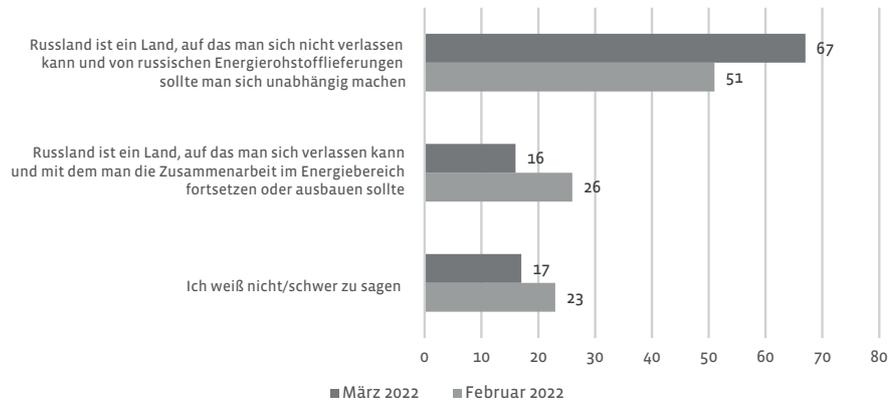
Ähnlich reagierte auch die deutsche Öffentlichkeit. Die Gruppe der Befürworter eines Verzichts auf russisches Öl und Erdgas stieg von der Hälfte auf zwei Drittel der Befragten, wogegen der Anteil derer, die weiterhin auf russische Energielieferungen setzen würden, um zehn Prozentpunkte sank (von 26% auf 16%).

Abbildung 15: Deutschland und Polen importieren einen beträchtlichen Teil ihrer Energieressourcen (Gas, Kohle, Öl) aus Russland. Wie ist Ihre Meinung dazu? Antworten der Polen im Februar und März 2022 (in %).



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2022.

Abbildung 16: Deutschland und Polen importieren einen beträchtlichen Teil ihrer Energie-ressourcen (Gas, Kohle, Öl) aus Russland. Wie ist Ihre Meinung dazu?
Antworten der Deutschen im Februar und März 2022 (in %).

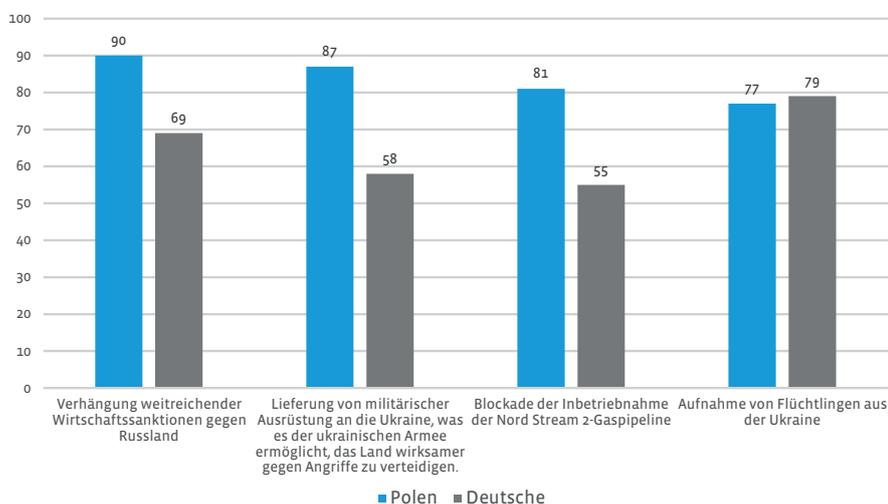


Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2022.

Positive Einschätzungen der Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine

Die deutsche und die polnische Gesellschaft unterstützen weitgehend die Entscheidungen und Maßnahmen, die von den Regierungen und internationalen Organisationen nach dem russischen Angriff gegen die Ukraine getroffen wurden. So ist in beiden Ländern eine hohe Akzeptanz für weitreichende Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu verzeichnen, die in Deutschland bei 70 Prozent liegt, in Polen sogar bei 90 Prozent. Sehr einig sind sich Deutsche und Polen in der Bereitschaft, ukrainische Flüchtlinge aufzunehmen (79% und 77%). Unterschiede in den Haltungen beider Gesellschaften sind bei den Themen Aufrüstung der ukrainischen Armee sowie Nichtinbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2 zu erkennen. In beiden Fällen liegen die Akzeptanzunterschiede zwischen Deutschen und Polen bei 25 und mehr Prozentpunkten. Die Polen sind zu 90 Prozent Befürworter von umfangreichen Waffenlieferungen an die gegen die Invasion kämpfenden Ukrainer, in Deutschland sind es nur 58 Prozent, immerhin eine klare gesellschaftliche Mehrheit. Ähnlich ist das Bild bezüglich eines Verzichts auf Nord Stream 2: Die Polen sind eindeutiger (81%) überzeugt von dieser Entscheidung als die Deutschen (55%), aber in beiden Ländern ist der Anteil an Befürwortern dieser Maßnahme deutlich höher als der Anteil der Gegner. Gegen den Verzicht auf Nord Stream 2 ist in Deutschland jeder fünfte der Befragten, in Polen nur jeder zwanzigste. Jeweils zehn Prozent der Deutschen und der Polen sind gegen die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge.

Abbildung 17: Als Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine haben die deutsche und polnische Regierung eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Bitte geben Sie an, ob Sie die folgenden Entscheidungen und Maßnahmen unterstützen oder nicht. Positive Antworten der Polen und der Deutschen im März (in %).



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2022.

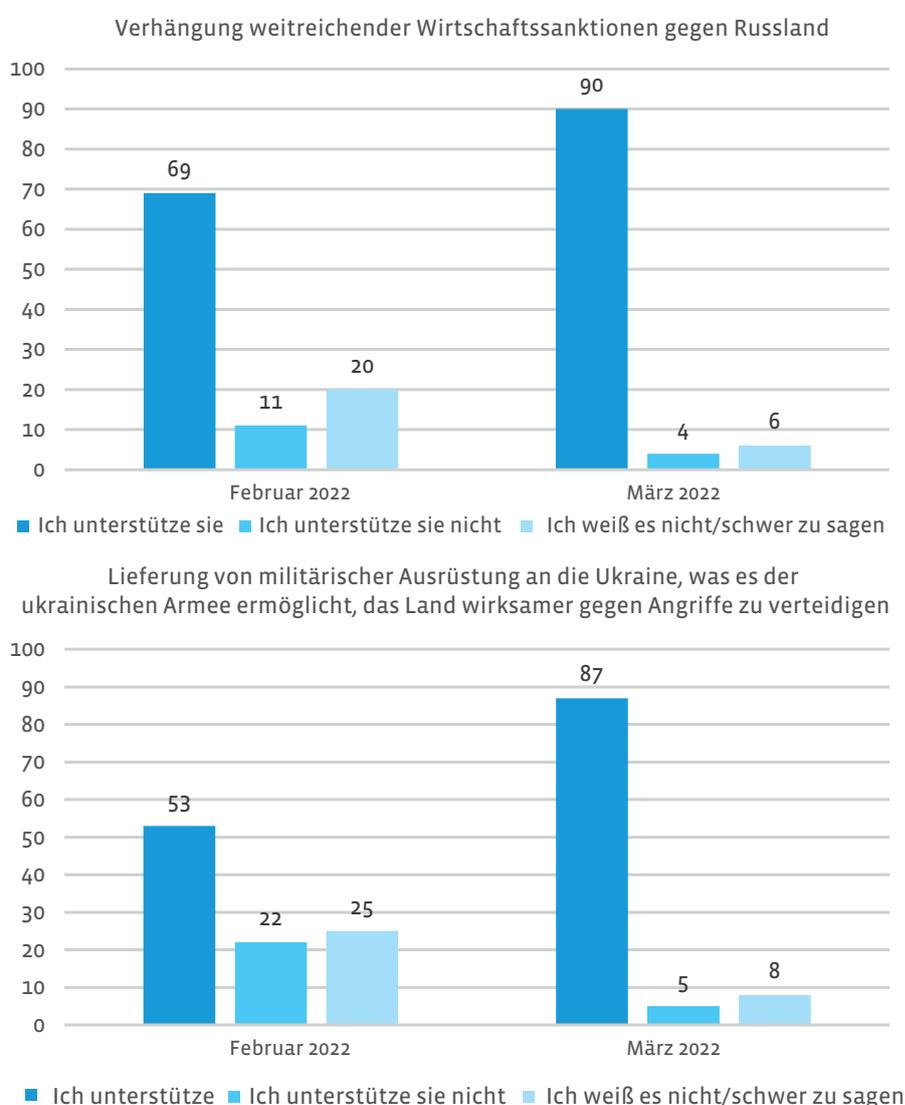
Angesichts der seit Jahren tiefen Polarisierung in der polnischen Politik ist es eine wichtige und einzigartige Beobachtung, dass alle beschriebenen Maßnahmen und Entscheidungen von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung, unabhängig von der politischen Weltanschauung, unterstützt werden, in der Regel mit Zustimmungsraten von 80 bis 90 Prozent. Sogar die Anhänger der rechten Konföderation befürworten mehrheitlich die Maßnahmen, wenngleich die Akzeptanzquote durchschnittlich zehn Prozent niedriger ausfällt als bei den Wählern der anderen Parteien. Die Gruppe mit der deutlichsten Befürwortung sind die Wähler der wichtigsten Oppositionspartei, der Bürgerkoalition, die sich z.B. mit 96 Prozent für Waffenlieferungen an die Ukraine aussprechen. Bei den Anhängern des Regierungslagers liegt diese Quote mit 89 Prozent etwas niedriger. Einen ähnlichen Konsens sehen wir bei der potenziell heikelsten Frage, nämlich der massenhaften Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine. Die Wähler der regierenden PiS befürworten dies zu 81 Prozent, die der Bürgerkoalition zu 95 Prozent, jene der Linken und der PSL zu 85 Prozent und die Anhänger der Bewegung Polska 2050 zu 80 Prozent. Den niedrigsten Zustimmungswert für die Aufnahme von Flüchtlingen weist die Klientel der Konföderation auf, aber mit 70% ist es auch hier die überwiegende Mehrheit,

Die große Unterstützung für die Aufnahme von Flüchtlingen spiegelt sich in der massiven Beteiligung der Bevölkerung an Hilfsmaßnahmen wider

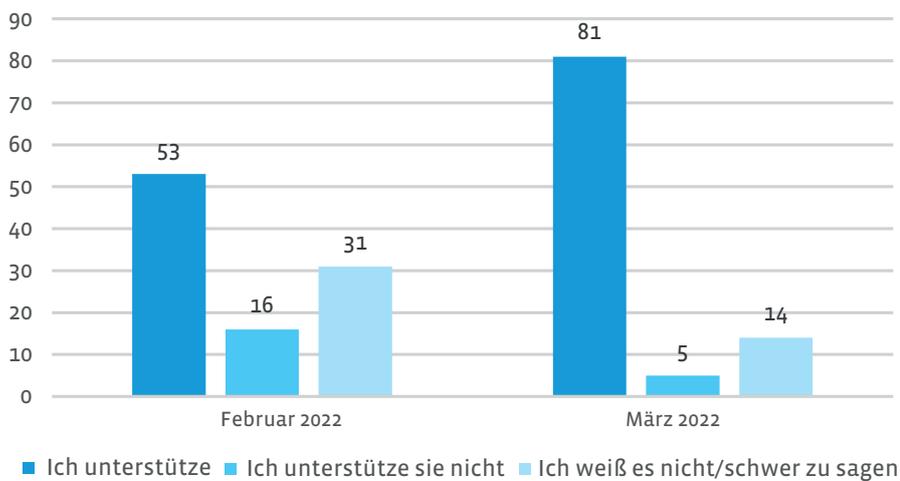
bei 19 Prozent für die Gegenposition. Man kann sagen, dass die große Unterstützung für die Aufnahme von Flüchtlingen sich in der massiven Beteiligung der Bevölkerung an Hilfsmaßnahmen widerspiegelt, unabhängig von ihrer politischen Grundeinstellung.

Schon vor der Invasion gab es in der polnischen Gesellschaft klare Zustimmung für Maßnahmen gegen das aggressive Auftreten Russlands, doch nahm diese Unterstützung nach dem Einmarsch noch einmal deutlich zu; am stärksten für Waffenlieferungen an die Ukraine (um 34 Prozentpunkte), aber auch in allen anderen Fällen signifikant, mit jeweils mehr als 20 Prozent Zuwachs.

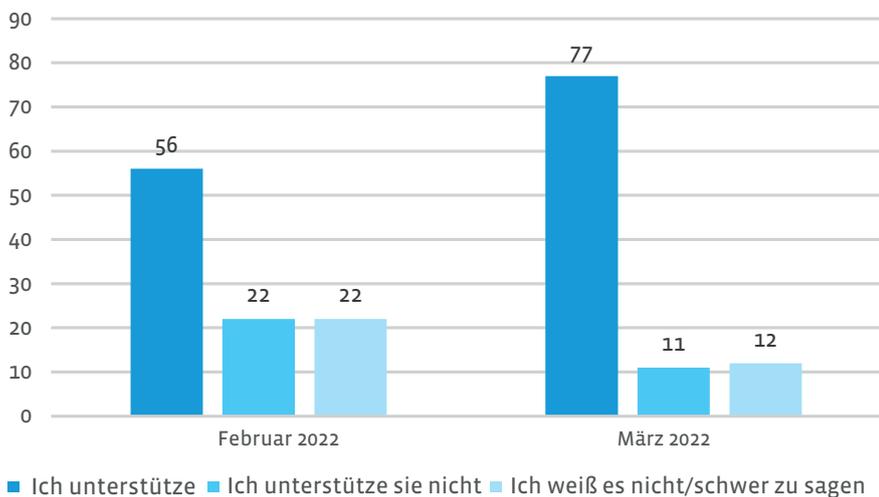
Abbildung 18: Wie sollte die polnische Regierung, Ihrer Meinung nach, auf einen möglichen russischen Militärschlag gegen die Ukraine reagieren? / Als Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine haben die deutsche und polnische Regierung eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Bitte geben Sie an, ob Sie die folgenden Entscheidungen und Maßnahmen unterstützen oder nicht. Positive Antworten der Polen im Februar und März (in %).



Blockade der Inbetriebnahme der Nord Stream 2-Gaspipeline



Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine

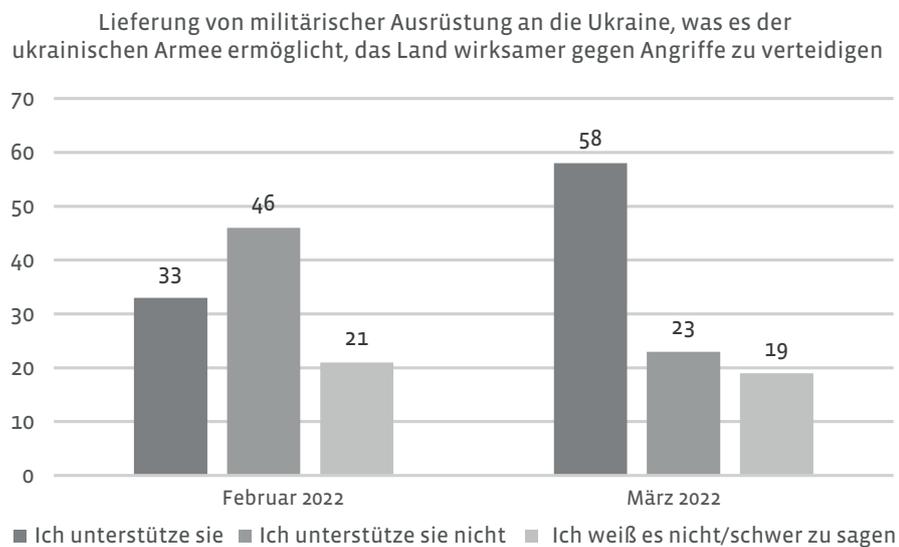
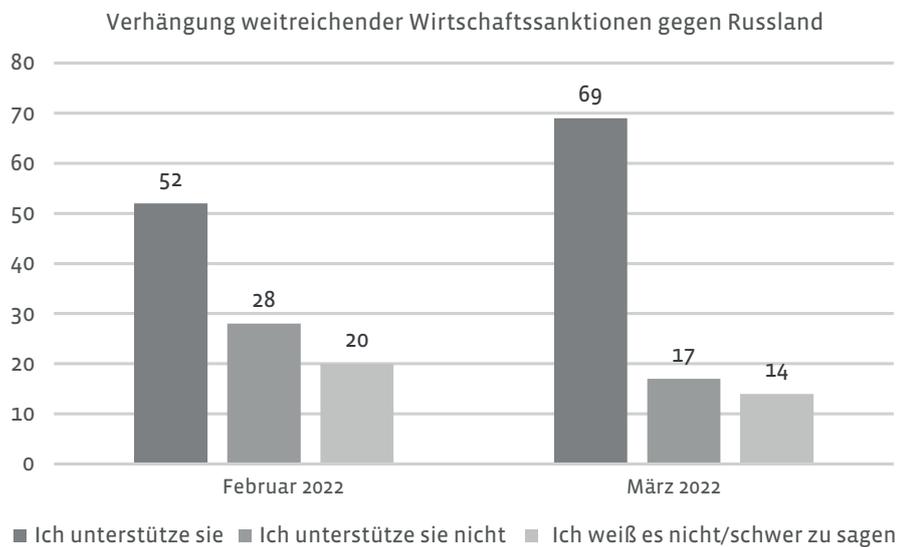


Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2022.

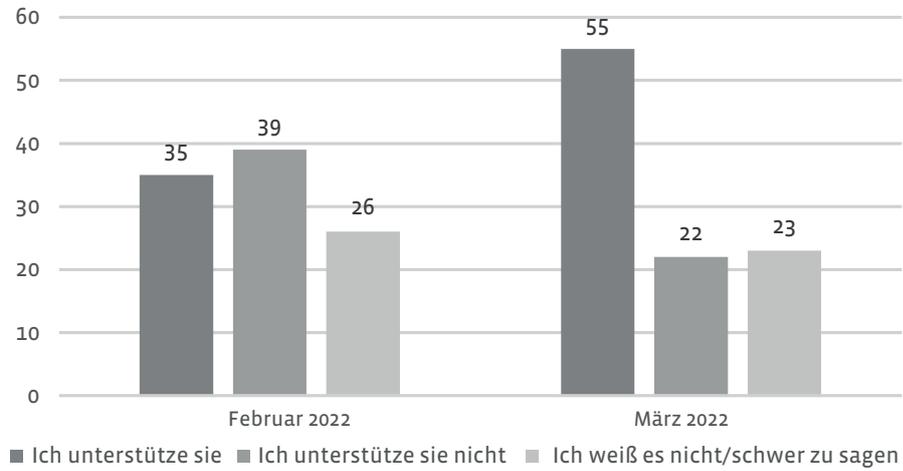
Auch in Deutschland werden die oben erwähnten Reaktionen auf den russischen Angriff der Ukraine von der überwiegenden Mehrheit der Anhänger der maßgebenden Parteien befürwortet. Nicht so eindeutig sieht es bei den Wählern der Alternative für Deutschland und der Linken aus, die in manchen Fragen gespalten sind. Die Wähler aller Parteien, einschließlich der AfD (60%), sind für die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge. Wenig kontrovers werden auch die Wirtschaftssanktionen gegen Russland betrachtet, für die selbst unter den AfD-Anhängern eine knappe Mehrheit (51%, 39% dagegen) zustande kommt. Strittiger ist die Blockade der Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2. Die wird zwar von den Anhängern der Parteien der aktuellen Regierungskoalition – den Grünen (82%), der SPD (74%) und der FDP (64%) – mehrheitlich unterstützt, wie auch von den Wählern der CDU/CSU. Doch bei den Anhängern der Linken wird es schon knapp (50%) und unter jenen der AfD ist nur eine Minderheit (34%) für diese Maßnahme, 47 Prozent sind dagegen. Sehr ähnlich sieht es bei der Frage der Bewaffnung der ukrainischen Armee aus. Die Wähler der Koalitionsparteien sind mehrheitlich dafür, die Wähler der Unionsparteien ebenfalls, während die Anhängerschaft der Linken gespalten ist und die der AfD noch etwas mehr.

Ähnlich wie in Polen führte auch in Deutschland der Angriff auf die Ukraine zu einem sprunghaften Anstieg der Zustimmung zu den in dieser Studie abgefragten Maßnahmen. Am stärksten betrifft dies die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen, die innerhalb weniger Tage von 41 auf 79 Prozent anstieg, also um 38 Prozentpunkte. Ein starker Zuwachs an Akzeptanz ist auch in der Frage der Waffenlieferungen an die Ukraine zu verzeichnen – von 33 auf 58 Prozent, d.h. um 25 Prozentpunkte. Die Unterstützung für die Nichtinbetriebnahme von Nord Stream 2 stieg von 35 auf 55 Prozent, die für die Wirtschaftssanktionen um 17 Prozentpunkte auf nun 69 Prozent der deutschen Befragten.

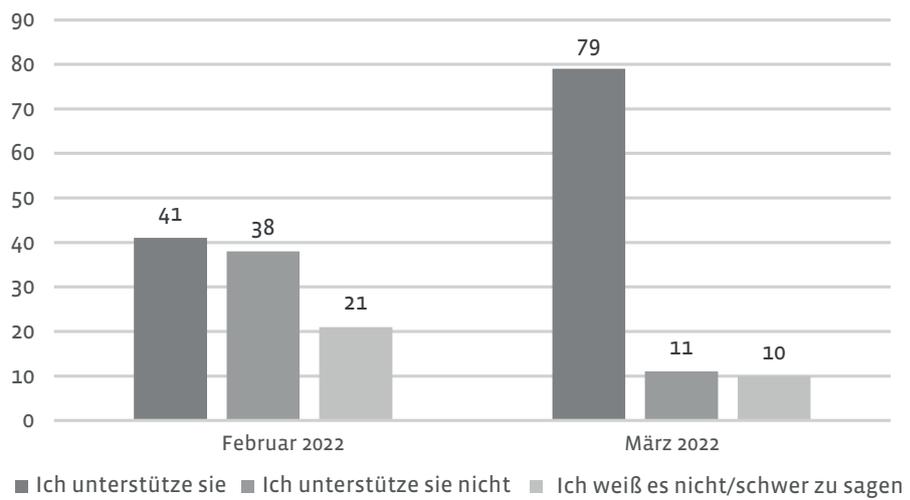
Abbildung 19: Wie sollte die Bundesregierung, Ihrer Meinung nach, auf einen möglichen russischen Militärschlag gegen die Ukraine reagieren? / Als Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine haben die deutsche und polnische Regierung eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Bitte geben Sie an, ob Sie die folgenden Entscheidungen und Maßnahmen unterstützen oder nicht. Positive Antworten der Deutschen im Februar und März (in %).



Blockade der Inbetriebnahme der Nord Stream 2-Gaspipeline



Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine



Quelle: [Deutsch-Polnisches Barometer 2022](#).

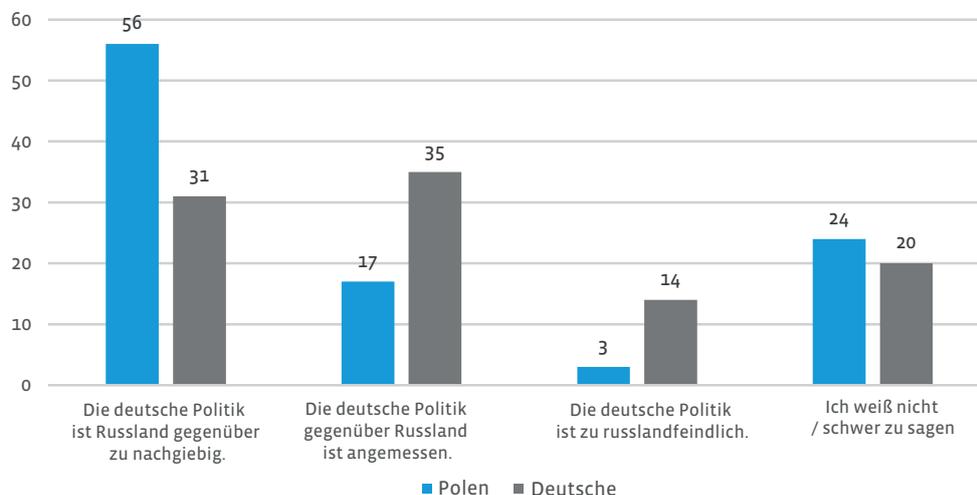
Bewertung der Politik gegenüber Russland

Eines der Konfliktfelder der letzten Jahre zwischen den Regierungen Deutschlands und Polens war die Politik gegenüber Moskau. Die polnische Seite warf den Deutschen in öffentlichen Debatten eine gewisse Nachgiebigkeit vor. In Deutschland wiederum gab es Stimmen, denen die polnische Politik zu anti-russisch war. Die im Folgenden beschriebenen Ergebnisse beziehen sich auf den Zeitraum von kurz vor bis kurz nach Russlands Einmarsch in die Ukraine, der für die deutsche Russlandpolitik einen Wendepunkt markiert. Vier Tage danach kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz eine entschiedene Änderung der deutschen Russlandpolitik und – damit einhergehend – der gesamten sicherheitspolitischen Ausrichtung an. Unsere Befragung begann, als diese Kehrtwende sowohl in Deutschland als auch in Polen diskutiert wurde und daher bereits in die Meinungen der Befragten eingeht. Man sollte aber auch nicht vergessen, dass die Wahrnehmung eines Landes und dessen Handlungen nicht gleichbedeutend ist mit profundem Wissen über dieses Land. So ist es durchaus möglich, dass vor allem ein Teil der polnischen Gesellschaft eine Wende in der deutschen Politik zu diesem Zeitpunkt noch nicht verinnerlicht hatte und sich von etablierten Vorstellungen leiten ließ.

Meinungen zur Politik der Bundesregierung

Polen und Deutsche haben, auch nach dem angekündigten Kurswechsel der Regierung Scholz, sehr unterschiedliche Meinungen zur deutschen Russlandpolitik. Während die größte Gruppe der deutschen Befragten (35%) diese Maßnahmen für angemessen hält und weniger als ein Drittel (31%) für zu nachgiebig, geben mehr als die Hälfte der polnischen Befragten (56%) an, dass diese Politik immer noch zu nachgiebig sei. Für 14 Prozent der deutschen Befragten ist das Verhalten der eigenen Regierung antirussisch.

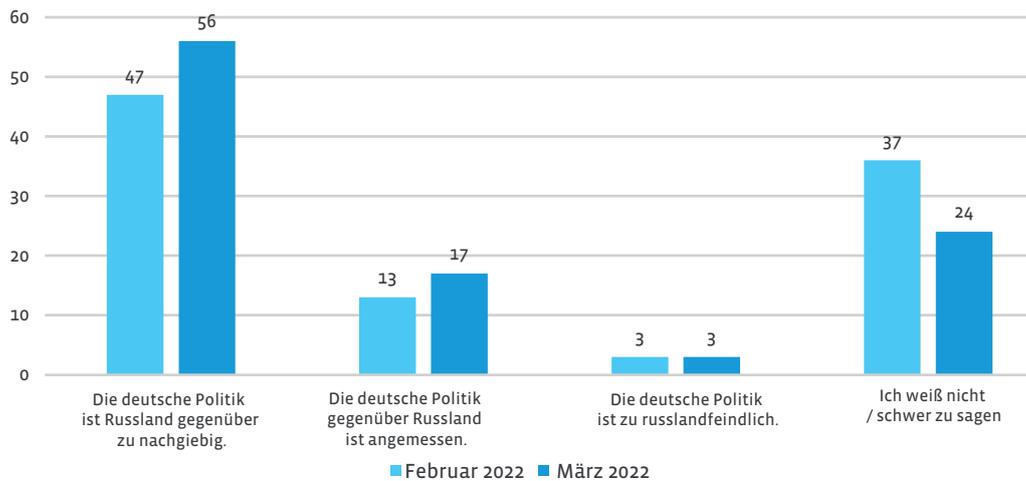
Abbildung 20: Wie beurteilen Sie die Politik der deutschen Bundesregierung gegenüber Russland nach dem russischen Angriff auf die Ukraine? Antworten der Deutschen und der Polen im März 2022 (in %).



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2022.

Somit stieg bei den polnischen Befragten der Anteil jener, die Deutschland der Nachgiebigkeit bezichtigen, nach der russischen Invasion sogar um neun Prozentpunkte an, obwohl die politische Kehrtwende des Kanzlers da bereits erklärt war. Sehr wahrscheinlich ist dies das Ergebnis des oben angedeuteten Mangels an Bewusstsein für das Umsteuern der deutschen Regierung, zumal vor dem Hintergrund der gewachsenen Überzeugung, dass Berlin durch seine anhaltende Nachsicht gegenüber Russland Wladimir Putin zum bewaffneten Angriff auf den Nachbarn geradezu ermuntert habe. Zum Teil können solche Meinungen aber auch Ausdruck der Überzeugung sein, dass trotz einer Verschärfung des Tons die tatsächlich ergriffenen Maßnahmen sowie die Unterstützung für die Sanktionen immer noch unzureichend sind. Die negative Einschätzung der deutschen Regierungspolitik teilen besonders häufig (77%) Anhänger der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Gleichzeitig könnte ein vierprozentiger Anstieg des Anteils der polnischen Befragten, die das Handeln der deutschen Regierung als angemessen einschätzten, darauf hindeuten, dass die Veränderungen des deutschen Ansatzes doch wahrgenommen wurden.

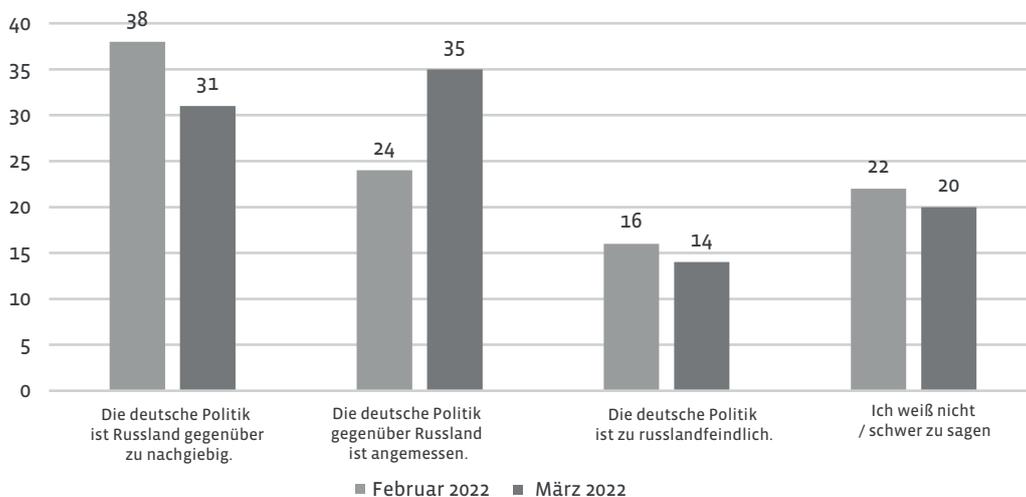
Abbildung 21: Wie beurteilen Sie die Politik der deutschen Bundesregierung gegenüber Russland? Antworten der Polen im Februar und März 2022 (in %).



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2022.

Auf deutscher Seite gibt es eine Zunahme der Unterstützung für die Russlandpolitik der eigenen Regierung um elf Prozentpunkte, was dafür spricht, dass diese politische Wende in Deutschland selbst deutlich wahrgenommen und als glaubhaft erachtet wurde. Denn gleichzeitig sank der Anteil der Befragten, die der Regierung zu große Nachgiebigkeit vorwarfen. Weiterhin gibt es eine Gruppe von Befragten im niedrigen zweistelligen Prozentbereich, die die deutsche Politik für antirussisch hält. Die Verfechter dieser Meinung sind besonders in der Anhängerschaft der Alternative für Deutschland (38%) und der Partei Die Linke (28%) zu finden. Schaut man hier auf die Alterskohorten, so äußern diese Meinung überdurchschnittlich häufig Vertreter der 18-29jährigen (21%) und der 30-39jährigen (18%).

Abbildung 22: Wie beurteilen Sie die Politik der deutschen Bundesregierung gegenüber Russland? Antworten der Deutschen im Februar und März 2022 (in %).

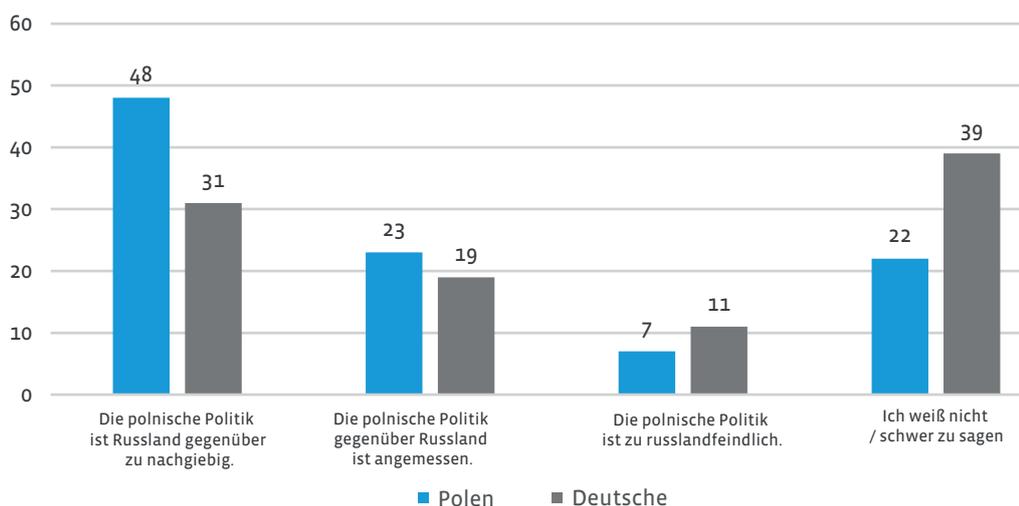


Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2022.

Meinungen zur Politik der polnischen Regierung

Auch in der Einschätzung der Politik der polnischen Regierung gegenüber Russland unterscheiden sich deutsche und polnische Befragte, allerdings in geringerem Maße als in der Einschätzung der Bundesregierung. In beiden Gruppen ist der Anteil jener Befragten am größten, die die polnische Regierungspolitik als richtig erachten. Dieser Ansicht sind fast die Hälfte der Polen (48%) und fast ein Drittel der Deutschen (31%). Jeder vierte Pole (23%) und jeder fünfte Deutsche (19%) halten die Politik Warschaws für zu nachgiebig. Ein relativ hoher Anteil der deutschen Befragten hat keine Meinung zu diesem Thema.

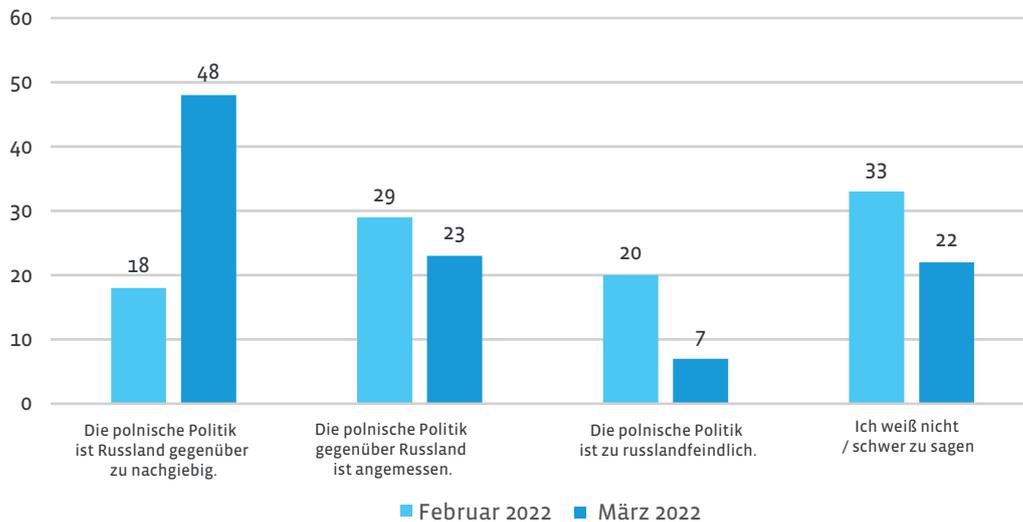
Abbildung 23: Wie beurteilen Sie die Politik der polnischen Regierung gegenüber Russland nach dem russischen Angriff auf die Ukraine? Antworten der Deutschen und der Polen im März 2022 (in %).



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2022.

Das Meinungsbild der Polen zur Russlandpolitik ihrer Regierung hat sich infolge der Invasion deutlich verändert, die Zustimmung wuchs nach Ausbruch des Krieges um 30 Prozentpunkte. Am weitesten höchsten liegt diese Zustimmung naturgemäß bei den Anhängern der PiS (71%). Vom antirussischen Charakter der Regierungspolitik sind wiederum vor allem Anhänger der Konföderation überzeugt (21%), viel häufiger als die Wähler der PiS, der Bürgerkoalition und der Bewegung Polska 2050.

Abbildung 24: Wie beurteilen Sie die Politik der polnischen Regierung gegenüber Russland?
Antworten der Polen im Februar und März 2022 (in %).

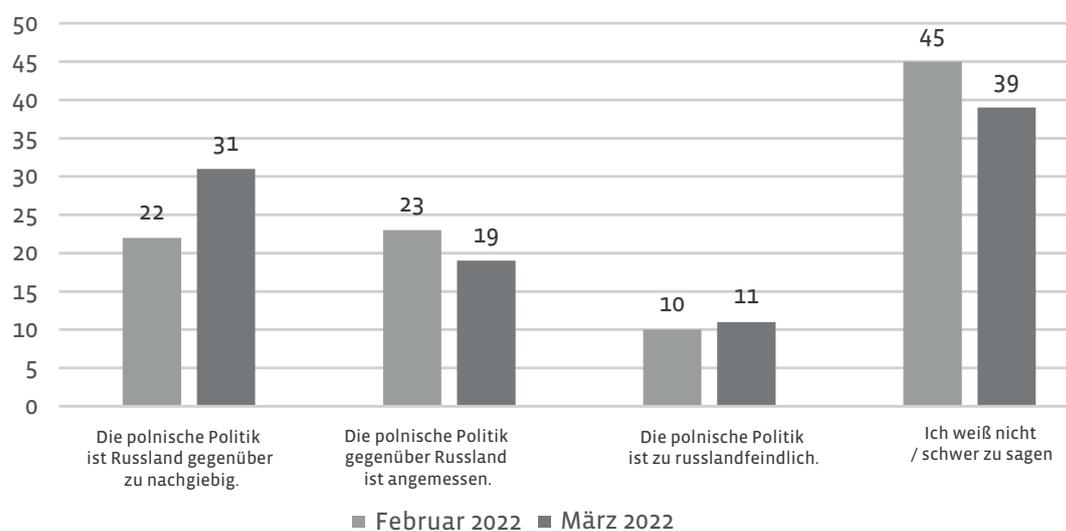


Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2022.

Auch auf deutscher Seite stieg die Anerkennung der polnischen Politik, hier um neun Prozentpunkte. Ähnlich wie unter den polnischen Befragten sank auch hier der Anteil jener, die diese Politik als zu nachgiebig betrachteten.

Einen antirussischen Zug im polnischen Regierungshandeln sehen Befragte aus der jüngsten Kohorte (18%) deutlich häufiger als die über 50jährigen. Relativ häufig vertreten diese Ansicht auch Wähler der AfD (24%) sowie der Linken (25%).

Abbildung 25: Wie beurteilen Sie die Politik der polnischen Regierung gegenüber Russland?
Antworten der Deutschen im Februar und März 2022 (in %).



Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2022.

Zu den Autoren

Dr. Jacek Kucharczyk – Soziologe, Vorstandsvorsitzender des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau. Absolvent der Schule für Sozialwissenschaften am Institut für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften. In den Jahren 1994-1995 erhielt er ein Stipendium von der Graduate Faculty of the New School for Social Research in New York. Zuvor studierte er Philosophie an der Universität von Kent in Canterbury (Master of Arts in Philosophie, 1992) und Englisch und Philosophie an der Universität Warschau (Master of English Philology, 1987). Darüber hinaus ist er Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Prague Civil Society Center Foundation und Vorsitzender des Stipendienprogramm-Ausschusses der Open Society Foundations. Zuvor war er Mitglied des Vorstands des Think Tank Fund am Open Society Institute in Budapest (2008-2015). Von 2011-2015 war er Ratsmitglied der Staatlichen Hochschule für öffentliche Verwaltung (KSAP). Autor und Herausgeber zahlreicher Artikel, Policy Briefs, Berichte und Bücher über Demokratie, Populismus, Europapolitik und Migration. Er äußert sich häufig zu aktuellen politischen Ereignissen in Presse, Rundfunk und Fernsehen, und seine Äußerungen erscheinen in den wichtigsten polnischen, europäischen und weltweiten Medien. Im Jahr 2019 erschien unter seiner Herausgeberschaft das *Buch Phantom Menace. The Politics and Policies of Migration in Central Europe*.

dr Agnieszka Łada-Konefał – Stellvertretende Direktorin am Deutschen Polen-Institut in Darmstadt (DPI), bis Dezember 2019 Direktorin des Europa-Programms und Senior Analyst am Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP). Promotion in Politikwissenschaft an der Universität Warschau. Studium der Politikwissenschaft in Warschau und Berlin sowie Aufbaustudium in Organisationspsychologie in Dortmund und Executive Master for Public Administration an der Hertie School of Governance. Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Hertie-Stiftung und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes. *Visiting fellow* am Brüsseler European Policy Centre (2011), *visiting research fellow* an der University of Sussex (2012), *visiting Scholar* am Alfred von Oppenheim Centre for European Policy Studies, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (2013), *visiting researcher* bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin (2016/2017), stv. Vorsitzende des Aufsichtsrates der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung. Spezialisierung auf folgende Bereiche: deutsch-polnische Beziehungen, polnische Außen- und Europapolitik, Wahrnehmung Polens im Ausland bzw. der Ausländer in Polen.